



Mahnwache der Behinderten.

Photo: Hausner

V
30.9/
1.10
90

Mehr als eine Woche

WIEN. Seit mehr als einer Woche halten Behinderte, hauptsächlich RollstuhlfahrerInnen vor dem Wiener Stephansdom eine Mahnwache für eine längst fällige, menschenwürdige gesetzliche Regelung der Pflegesicherung ab. Derzeit haben Zivilinvaliden — im Gegensatz zu Kriegsopfern — nur die Möglichkeit, sich entweder von aufopfernden Familienangehörigen pflegen oder in ein Heim abschieben zu lassen. Mit dem, was sie an Pflegegeld kriegen — allerhöchstens 4500 Schilling — können sie sich sehr oft nicht die Hilfe leisten, die sie brauchen würden. „Als Kriegsopfer kannst du bis zu 23.000 Schilling kriegen. Klar klingt das aufs erste nach sehr viel. Aber es gibt doch nicht wenige, die rund um die Uhr Betreuung brauchen...“

Auch nach mehr als einer Woche Mahnwa-

che haben die Herren Politiker noch nicht auf die Forderungen der Betroffenen reagiert. Aus diesem Grund überlegen diese, in der kommenden Woche weitere Aktionen zu starten.

Zur solidarischen Unterstützung der Mahnwachen brachten diese Woche VertreterInnen der Wiener KPÖ Kaffee und Kuchen mit und auch Bundesvorsitzender Silbermayr stattete den „Rollies“ einen Besuch ab. „Eine rasche und menschenwürdige Lösung des Pflegeproblems sei längst überfällig“, heißt es in einer Presseaussendung der KPÖ.

Die Wiener KPÖ-Vorsitzende, Waltraud Stiefsohn, forderte „die beiden Regierungsparteien auf, verbindliche Zusagen über eine rasche Durchsetzung des Pflegesicherungsgesetzes bereits vor der Wahl zu treffen“. Schließlich liege ein entsprechender Gesetzentwurf, an dem VertreterInnen von Behinderten- und Pensionistenorganisationen mitgewirkt haben, längst vor. —ner

Behinderten-Mahnwache wird von den Politikern ignoriert

Pflegezuschuß statt Heimplätze – Gegen Abschiebung

Von Andreas Koller,
SN-Redaktion Wien

WIEN. Die seit 21. September abgehaltene Mahnwache einer Gruppe von Rollstuhlfahrern vor dem Wiener Stephansdom stößt in der „hohen Politik“ auf Ignoranz. Adressaten der Protestaktion sind Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Josef Riegler. „Doch bis jetzt haben sie uns nicht einmal einen Sekretär vorbeigeschickt“, schildert Manfred Srb, einer der Initiatoren. Geschweige denn, daß die Herren die Behinderten etwa empfangen hätten. Im Wahlkampf gibt es schließlich Wichtigeres zu tun.

„Für Pflegegeld, gegen Heime“ steht auf den Transparenten, die am altehrwürdigen Heidentor der Stephanskirche lehnen. Einige der Vorüberhastenden bleiben stehen und leisten eilig eine Unterschrift. Die Behindertengruppe fordert die Abschaffung der großen Pflegeheime, „in denen tagtäglich die Bürgerrechte der Behinderten verletzt werden“ (Srb). Statt dessen sollte ein höheres, bundesweit gleiches Pflegegeld ausbezahlt werden. Jeder Behinderte könn-

te dann die Art seiner Pflege und Betreuung eigenständig aussuchen. Denn derzeit könnten die Behinderten nicht selbstständig agieren, sondern seien weitgehend fremdbestimmt.

Srb, selbst Rollstuhlfahrer und in der abgelaufenen Legislaturperiode Sozialsprecher der Grünen im Parlament, spricht von einer „permanenten Menschenrechtsverletzung“. Nun wolle man eine Bürgerrechtsbewegung der behinderten Menschen auslösen.

Derzeit würden behinderte Menschen in Österreich „abgeschoben und entmündigt“. In der abgeschlossenen Legislaturperiode hätten die Behindertenorganisationen eine Petition für eine einheitliche Pflegevorsorge eingebracht. Diese sei nicht behandelt worden. Ein daraufhin von den Grünen initiiertes Gesetzesantrag wurde abgelehnt.

„Deshalb verlangen wir jetzt das Gespräch mit Vranitzky oder Riegler. Mit dem Sozialminister geben wir uns nicht mehr zufrieden“, argumentiert Srb. Man überlege, die beiden Spitzenpolitiker während einer ihrer Wahlkundgebungen mit den Behinderten-Anliegen zu konfrontieren.

Sn

3.10.90



Bild: Kristian Bissuti

„Mahnwache“ vor dem Wiener Stephansdom

Behinderte wollen „Wahlzeit“ nützen Mahnwache vor Dom

Zehn Tage harrt nun schon eine Gruppe von behinderten Wienern mit Rollstühlen – unterstützt von einigen Prominenten – bei der „Behindertenmahnwache“ vor dem Wiener Stephansdom aus.

Und man will weiter ausharren. Zumindest bis nach dem Wahltermin.

Erklärtes Ziel der Mahnwache, die von mehreren Behindertenorganisationen überparteilich beschickt wird: Die Sicherung einer humanen Pflege für alle behinderte Mitmenschen und zumindest die Gleichstellung der Betreuungsleistungen mit denen für Kriegssopfer.

Unsere 2.10.90

Um ihrer Forderung nach Einführung einer einheitlichen Pflegevorsorge Nachdruck zu verleihen, hält die „Behinderten und Krüppelinitiative“ seit Samstag eine Mahnwache vor der Wiener Stephanskirche ab. Der grün-alternative Abgeordnete Manfred Srb sagte, die Aktion erst nach konkreten Zusagen durch Sozialminister Geppert beenden zu wollen.

Behinderte: „Uns reicht's!“

Seit Freitag halten Behinderte beim Stephansdom eine Mahnwache zur Verbesserung ihrer sozialen Situation. „Wir bleiben hier, bis wir konkrete Zusagen von Vranitzky und Riegler haben“, so der grüne Behindertensprecher Manfred Srb. Die Forderungen: Eine bundeseinheitliche Pflegesicherung, finanzielle Gleichstellung mit Kriegsopfern, Pflegegeldzahlung unabhängig vom Einkommen an die Betroffenen selbst sowie die Abschaffung großer Pflegeheime.



Foto: Kotarik

Vor dem Wiener Stephansdom wird wieder eine „Mahnwache“ gehalten. Behinderte im Rollstuhl protestieren seit einer Woche mit Transparenten und Flugblättern gegen ihre Diskriminierung in der Gesellschaft und gegen die Mißachtung ihrer Forderungen durch die Bundesregierung.

Die Hauptforderungen: Eine bundeseinheitliche Pflegesicherung, finanzielle Gleichstellung mit Kriegsopfern, Pflegegeldzahlung unabhängig vom Einkommen an die Betroffenen selbst sowie die Abschaffung der großen Pflegeheime, die als menschenunwürdig empfunden werden.

Diese Mahnwache sei eine „überparteiliche Veranstaltung“, wie der Nationalratsabgeordnete der Grünen, Manfred Srb, im Gespräch mit unserem Blatt ausdrücklich betonte. Srb, der so wie seine Frau Annemarie, auf den Rollstuhl angewiesen ist, zählt

Protest im Rollstuhl

VON KURT VORHOFER

freilich zu den Hauptsprechern dieser Gruppe, die täglich bis in die Abendstunden auf dem dicht belebten Stephansplatz mit eher mäßigem Erfolg um Aufmerksamkeit wirbt. Immerhin waren rund 3000 Passanten bereit, mit ihrer Unterschrift für die Interessen dieser Schwerstbehinderten einzutreten.

Wie schwierig es ist für Menschen, die sich in dieser Notlage befinden, von ihrem demokratischen Recht des öffentlichen Protests Gebrauch zu machen, darauf verwies beispielsweise Frau Annemarie Srb, die darüber klagte, daß es weit und breit keine „behindertengerechte“ Toilettenanlagen gebe. Im neuen Haas-Haus habe man zwar versucht ein Klosett für Behinderte einzurich-

ten, aber es sei viel zu eng, faktisch nicht zu gebrauchen. Als sie dies dem berühmten Haas-Haus-Architekten Hollein gesagt habe, hätte er sie wütend abgefertigt mit den Worten: „Was wollen Sie denn? Unser Lift ist doch ohnehin ein Geschenk an die Behinderten.“

Am Dienstag abend kam ich gerade vorbei, als der Außenminister Alois Mock sich im Gespräch mit dem Abgeordneten Srb und anderen Betroffenen über deren Situation informierte. „Wir haben ja auch nur ein Leben“, sagte eine im Rollstuhl sitzende Dame zum Minister.

Bis gestern mittag hat kein anderer Regierungspolitiker — auch nicht der Sozialminister Geppert — und auch kein Vertre-

ter der Stadt Wien es für nötig gefunden, den vor dem Stephansdom wacker Ausharrenden einen Besuch abzustatten.

Interessiert gezeigt haben sich, sagte Frau Srb, der ÖVP-Sozialsprecher Gottfried Feurstein und der Künstler André Heller. Auch der frühere FPÖ-Politiker, Botschafter a. D. Wilfried Gredler, führte am Dienstag ein langes Gespräch mit Manfred Srb.

Verbitterung herrscht bei den Mahnwächtern wegen des Schweigens der Medien. „Da müßt' sich einer von uns selbst verbrennen oder sich ans Haas-Haus anketten. Wir haben schon gesagt, daß wir da Hölzziehen sollten“, sagte Frau Srb. Schon am Dienstag klagte der Abgeordnete Srb am Telefon: „Unerträglich ist die Ignoranz der Politiker, kaum geringer ist die Ignoranz der Journalisten.“

Auch als Journalist braucht man manchmal einen Nasenstüber. *u.z. 28.9.90*

• Auf die Ignoranz der Regierung gegenüber Behinderten wies am Freitag der grüne Abgeordnete Manfred Srb hin. Er warnte in diesem Zusammenhang vor einer „unheilvollen Allianz des Tot-schweigens“.

TT 29./30.9.90